

## **Rede für den Landesparteitag der Piratenpartei Schleswig-Holstein am 21. Januar 2017 in Neumünster**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Liebe Gäste! Liebe Piraten!**

Ich begrüße Sie, liebe Gäste, und Euch liebe Piraten hier in Neumünster und eröffne hiermit offiziell diesen Parteitag.

Als Einstieg habe ich mir überlegt, unseren Landtagsabgeordneten Uli König zu ehren. Er wurde vom Bundesvorstand unserer Partei mit einem Glückwunschsreiben und ein paar netten Gaben dafür geehrt, dass er bereits zehn Jahre unserer Partei angehört. Uli, vielen Dank für Dein Engagement in den letzten zehn Jahren!!!

Uli kann auf zehn Jahre Piratenpartei zurückblicken, weil er einer von denen war, die diesen Landesverband im Dezember 2006 gegründet haben. Es war Eure Aufbauarbeit und Euer Einsatz für die Demokratie, die 2 ½ Jahre später im Juni 2009 für den ersten Achtungserfolg der Piraten sorgte. Bei der Europawahl 2009 erreichten wir 0,9 Prozent der Stimmen. In den drei Stadtstaaten und eben in Schleswig-Holstein waren wir damit die sechststärkste politische Partei. Kurz danach, lieber Uli, haben wir uns beim Fotoshooting für den Bundestags- und

Landtagswahlkampf 2009 kennengelernt. Ich gehörte damals mit Torsten Krahn und dem legendären TJ dem Presseteam an.

Damit war ich unter anderem zuständig für die Plakatkampagne. Ganz ehrlich: Damals haben wir vieles richtig und genauso viel falsch gemacht! Wir haben beispielsweise tatsächlich eine 2-Euromünze auf weißem Grund platziert und das Plakat mit dem Satz „Freiheit ist keine Randnotiz“ versehen. Inhaltlich natürlich völlig richtig war das grafischer Unfug und echt blöde. Allerdings haben wir auch wirklich gute Plakate entworfen. Zu den besten des Jahres 2009 gehörte sicherlich das, das die Überschrift hatte **„Diese Partei sollte in einer Demokratie überflüssig sein“**. Unter dieser Überschrift stand dann außerdem **„Gegen den Überwachungsstaat und für das Recht, in Ruhe gelassen zu werden“**. Wie wir alle wissen, haben sich die Freunde eines Überwachungsstaats mindestens genauso fleißig engagiert wie wir mit dem Resultat, dass das Plakat aus 2009 nach wie vor Gültigkeit hat.

Erst mehr als drei Jahre später jedoch hat unser Einsatz parlamentarische Früchte getragen, als wir in den Berliner Senat einzogen. Auf dem Weg dorthin haben wir immer wieder provoziert und in ungewöhnlicher Weise auf unsere Themen und uns aufmerksam gemacht. Am 26. Februar 2010 – ich war

gerade drei Monate Politischer Geschäftsführer des Landesverbandes – haben wir eine Mahnwache gegen den damals in Rede stehenden Entwurf eines Jugendmedienschutz-Staatsvertrags vor dem Landtag durchgeführt – mit einem Lagerfeuer gegen die damalige Eiseskälte und Grablichtern für die gefährdete Meinungsfreiheit. Gegen mich wurde danach strafrechtlich ermittelt, weil man uns nicht abnehmen wollte, dass unsere Aktion tatsächlich eine spontane Demo war. Ein juristischer Kniff bewahrte mich damals vor einer Verurteilung. Wir im damaligen Landesvorstand haben uns alle gegenseitig so belastet, dass ein Einzelner nicht identifizierbar war.

Im August 2009 haben wir den Nazis in Neumünster unser Piratenlogo mal eben am helllichten Tag fett in den Eingangsbereich ihres bundesweit berüchtigten „Club 88“ als Reversegraffitti gebrandet. Auch die HSH-Nordbank war Empfänger dieser Brandings. Als uns das ein Polizist verbieten wollte, habe ich ihm geraten, sich doch bitteschön erst einmal sachkundig zu machen, wo geregelt sei, dass das verboten ist. Als er mich dann wieder anrief und einräumte, dass das tatsächlich nicht verboten sei, er das aber trotzdem nicht richtig fände, habe ich ihn gefragt:“ Was können wir dafür, wenn wir kreativer als Eure Vorschriften

sind?“ Den Satz fand der Mann gut und kündigte an, ihn so in seinen Einsatzbericht zu schreiben.

Mit anderen Worten: Bereits 2009 war uns bewusst, dass wir Nazis Einhalt gebieten müssen, wenn wir unsere Demokratie bewahren wollen. Uns war klar, dass unwidersprochenes Dulden der Nazis ihnen hilft, sich zu etablieren. In der Nacht zum 1. Mai 2012 haben wir entlang die Demostrecke der Nazidemo in Neumünster zum „Weg der Schande“ gemacht, als wir auf die weiße Rückseite unsere damaligen Wahlplakate die Namen der KZ und die Zahl der dort Ermordeten schrieben und unerreichbar hoch aufhängten. Das war lange vor der AfD. Auf unserem letzten Parteitag in Kiel haben wir einen einstimmigen Beschluss gefasst, wie wir mit ihr umgehen wollen – als bislang übrigens erste und einzige Partei in Schleswig-Holstein. Und nun frage ich Euch, liebe Piraten: Ist es nicht schlimm, dass dieser knapp zehn Jahre alte Landesverband der Piratenpartei bereits eine Tradition im Kampf gegen Rechtsextremismus hat?

**Der Zustand unserer Demokratie ist leider so, dass wir noch lange nicht überflüssig sind!**

Das gilt so natürlich auch nach wie vor beim Thema HSH-Nordbank und der ihren Skandal ermöglichenden

Hinterzimmerpolitik. Das gilt so heute ganz besonders für die Gefahren, die aus den Reaktionen auf das furchtbare Geschehen vor wenigen Wochen in Berlin resultieren.

Auch ohne dass wir hier formell aufstehen und eine Minute schweigend stehend verharren, versichere ich, dass wir um die Opfer des Anschlages am Breitscheidplatz trauern und den Verletzten wünschen, dass sie baldmöglichst so gut wie möglich genesen.

Genauso ernsthaft und entschlossen versichere ich allerdings auch, dass wir Piraten nicht zulassen wollen, dass die Toten von Berlin, Paris und Brüssel wehrlos missbraucht werden, um unausgegrenzte demokratiefeindliche Rezepte aus der Orwellschen Giftküche schmackhaft zu machen. Keine Videokamera, keine gesicherte IP-Adresse, kein erfasstes Telefonat hätte Paris, Brüssel oder Berlin verhindert. Vielmehr ist es doch so, dass gerade der Terroranschlag in Berlin das Totalversagen der Überwachung beweist. Die Klaviatur von Polizei und Geheimdiensten reichte aus, um zu wissen, dass der Attentäter von Berlin ein Gefährder war. Trotz vieler begangener Straftaten und als bekannter Gefährder bekannt konnte der Attentäter 14 Aliasnamen nutzen. Abgeschoben werden konnte er nicht, weil diejenigen, die in mehr Überwachung und Kontrolle die Lösung

sehen, es bis heute nicht hinbekommen haben, ein für solche Fälle wirksames, zügiges Abschieberecht zu gestalten und mit den Herkunftsstaaten praktikable Vereinbarungen zu treffen.

2009 wurde die Vorratsdatenspeicherung vor allem als Mittel zur Bekämpfung schwerer Straftaten und der Organisierten Kriminalität beschlossen. Bei ihrer neuerlichen Einführung bemühte man vor allem die Terrorgefahr zur Begründung. Die „Speichergeilen“ habe ihre Tradition. Wir die unsere! Den Satz vom Wahlplakat 2009 „Diese Partei sollte in einer Demokratie überflüssig sein“ verstehen wir weiterhin als Auftrag. **Noch** sind wir nicht überflüssig!

Die CDU wird traditionell als wertkonservativ und christlich orientiert wahrgenommen. Die SPD war lange die traditionelle Arbeiterpartei. Die FDP hatte, bis wir kamen, das traditionelle Monopol für alles Freiheitliche. Wir mit unserer erst zehnjährigen Geschichte werden genauso traditionell als Bewahrer der Privatsphäre und Gegner eines Überwachungsstaates betrachtet. Das ist uns gelungen seit der Gründung in der C-Base in Berlin 2006, der Europawahl 2009, vielen weiteren erfolgreichen Wahlkämpfen auf allen Ebenen bis heute, wo wir demoskopisch wieder außerhalb der Parlamente verortet werden. **Weil es uns gibt, können sie ihren Überwachungsstaat nicht so locker**

**einrichten, wie das im Juni 2009 der Bundestag in  
nächtlicher Sitzung mit sehr wenigen Abgeordneten  
klammheimlich mit der ersten  
Vorratsdatenspeicherung gemacht hat!**

So lange, wie sie im Überwachungsstaat die Lösung  
sehen, sind wir nicht überflüssig – einerlei, was  
Demoskopen und Wahlergebnisse sagen!

Genauso traditionell werden wir mit dem Begriff  
„Transparenz“ in Verbindung gebracht. Wir waren es,  
die im gläsernen Staat und nicht im gläsernen Bürger  
den Ansatz für mehr Bock auf Demokratie gesehen  
haben. Unsere Antwort auf die Frage Kurt Tucholskys  
„Was hier wohl los wäre, wenn die Menschen  
wüssten, was hier los ist?“ ist klar und eindeutig:

Wir vertrauen den Menschen und trauen ihnen sehr  
wohl zu, klug und verantwortlich ihre Geschicke zu  
lenken – auch außerhalb des Rhythmus von  
Legislaturperioden. Wir brauchen sehr wohl politische  
Eliten, die gewählt sind und einen demokratischen  
Auftrag haben. Allerdings brauchen wir ergänzend  
dazu auch die mündigen Bürger, die bereit und in der  
Lage sind, mehr direkte Demokratie, mehr  
Bürgerbegehren und Volksentscheide zu wollen und  
zu können. So stellen wir uns eine solidarische und  
demokratisch funktionierende Gesellschaft vor. Das ist  
etwas Anderes als das, was uns gestern vom  
„Dschungelkönig der US-Demokratie“ angeboten

worden ist. Er hat die demokratischen Eliten als Räuber bezeichnet, die sich bereichert hätten auf Kosten des Volkes. Dieser schlimme Populismus ist übrigens auch nicht gerechtfertigt durch den Umstand, dass dort wie hier manchmal tatsächlich wenige Menschen die Demokratie als Selbstbedienungsladen missbraucht haben. So, wie Mr. Trump an die Probleme herangehen will, löst er kein einziges Problem. Nein, er schafft neue Probleme, die uns alle betreffen werden. Sein offensiver Nationalismus gepaart mit Geheimdiensten, denen unsere Werte fremd sind, ist klipp und klar das, was unsere frühere politische Geschäftsführerin Katharina Nocun aka „Kattascha“ gestern auf Twitter so zusammenfasste:

„Das ist die schlimmste [#Inaugurationspeech](#) aller Zeiten. Tschüss, weltoffener Westen - war schön mit Dir. Jetzt regiert Angst & Hass.“

Die politisch und sozial genauso wie unsere Gesellschaft gesplante Gesellschaft der USA hat sich Donald Trump als Lösung gewählt. Er ist jedoch keine Lösung, er ist ein weiteres Problem und so, wie er gestern gesprochen hatte, sogar das größte Problem. Bei uns versprechen Frauke Petry und Björn Höcke in der gleichen Sprache den Menschen in einem offensiv gelebten Nationalismus die Lösung ihrer Probleme. Von deren Wahlerfolgen getrieben passen sich andere

Parteien verbal und inhaltlich den rechten Rattenfängern an. Aus etwa einer Million Menschen, die aus existentiellen Ängsten zu uns gekommen sind, und einer verschwindend geringen Zahl von mit ihnen zu uns gekommenen Gefährdern wird eine existentielle nationale Angst gemacht. Weit über 1000 Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte in den letzten zwei Jahren sind das vorläufige Resultat. Das meint Katharina Nocun, wenn sie Angst und Hass in ihrem Tweet zusammenführt.

„Der Politik und den Politikern“ schlägt dieser Hass auch zunehmend entgegen. Das Ansehen dieser „Berufsgruppe“ ist quasi auf dem Nullpunkt angekommen, sonst hätten es die Petrys und Höckes ja nicht so leicht. Die eine Hälfte unserer Gesellschaft lebt bereits in Armut und weiß schon heute, dass ihre Situation im Alter noch schlechter werden wird.

Verlässlichen Zahlen zufolge muss man heute einen Durchschnittsverdienst von brutto 2.366,- € haben, um Altersarmut vermeiden zu können. Die Mehrheit der arbeitenden Menschen erreicht jedoch dieses Einkommen nicht. Die Menschen mit im Handel ausgesonderten Lebensmitteln versorgenden Tafeln sind überfordert und können nicht mehr leisten, was sie leisten müssten und wollen. Explodierende Mieten in den Städten fördern die Ghettoisierung. Jedes zweite Kind lebt in Armut. Tim Höttges, der Chef der

Telekom AG, forderte vor wenigen Tagen zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres das bedingungslose Grundeinkommen, weil anders nicht zu verhindern ist, dass die Menschen demnächst auf die Barrikaden gehen.

Exakt vor diesem Hintergrund ist die aktuell geführte Sicherheitsdebatte auch eine Debatte, die wir Piraten sonst als „Eichhörnchen“ bezeichnen. Gemeint ist damit die Situation, in der ein sich argumentativ in der Defensive befindlicher Gesprächspartner der Technik bedient, auf ein vermeintlich eben vorbeihuschendes Eichhörnchen hinzuweisen. Der Gesprächspartner verliert neben dem Gesprächsfaden auch den Blick für das Wesentliche.

Genau das erreicht die Angstdebatte aktuell auch. Die Angst vor Terror lenkt ab und lässt existentielle Ängste kleiner erscheinen. Das kann – wie wir alle schon heute wissen – dauerhaft jedoch nicht funktionieren. Und deshalb sage ich heute das, was sich auch auf unserem zentralen Wahlkampfflyer finden wird:

**„Der innere Friede in unserer Gesellschaft ist durch ihre soziale Spaltung stärker bedroht als durch den Terrorismus!“**

Die soziale Spaltung ist durch das Recht auf eine sichere Existenz und Teilhabe, Bildung und ein Staatswesen, das alle mitgestalten können,

überwindbar. Unser Wahlprogramm gibt dafür in fast allen Lebensbereichen die richtigen Antworten. Ein ganz wesentlicher Baustein ist dabei natürlich alles, was natürlich ist: Natur, Umweltschutz und Landwirtschaft.

Zum Ende meiner Rede habe ich mir das ganz bewusst herausgesucht, weil ich so eine elegante Überleitung habe, Andreas Halle den Dank der Piratenpartei Schleswig-Holstein und meinen ganz persönlichen Dank auszusprechen. Dieser Teil unseres Programms trägt Deine Handschrift, lieber Andreas, und es wäre ohne Dich niemals so gut geworden! Danke für Deinen Fleiß und Deine Kompetenz an dieser Stelle!

Deine Handschrift findet sich allerdings auch noch an anderer Stelle: Du als einer der fleißigsten in unserem Landesvorstand hast immer wieder gemahnt, dass wir uns und unsere Leute nicht verbrennen dürfen. Vor einer Woche haben wir dem folgend auch hier in Neumünster als Landesvorstand mit den Spitzenkandidaten beschlossen, dass eine Aufgabe lieber wegfallen soll, bevor wir unsere Menschen ausbrennen und überfordern. Niemand von uns hat mehr den T-Shitaufdruck von 2012 „Politik mit menschlichem Antlitz“ gelebt als Du. Dafür und für Deinen unermüdlichen, idealistischen Einsatz dankt Dir die Piratenpartei Schleswig-Holstein!!!

Möge Dir diese selbst bei Windstärke 13 noch standhafte Flasche eine Motivationshilfe sein, wenn durch solche Hilfe brauchst!

Wir alle müssen uns in den nächsten Monaten selbst immer wieder motivieren können. Auf uns kommt eine enorm anstrengende Zeit zu, die uns alles abverlangen wird. So lange unsere Demokratie jedoch so ist, dass sie diese Partei braucht, ist das allerdings auch eine Frage von Verantwortung – einzeln wie gemeinsam. Ob innerhalb oder außerhalb von Parlamenten: Wir werden noch gebraucht. Der Job ist noch lange nicht getan!

Ich danke Euch dafür, dass Ihr das alle auch so seht und Euch für dieses Land und seine Demokratie einbringt!

Ich danke Euch dafür, dass Ihr mir so lange zugehört habt!